



Parlamentarischer Vorstoss

Vorstoss-Nr.: 098-2025
Vorstossart: Motion
Richtlinienmotion: ☐
Geschäftsnummer: 2025.GRPARL.290

Eingereicht am: 02.06.2025

Fraktionsvorstoss: Nein
Vorstoss Ratsorgan: Nein
Eingereicht von: Schär (Schönried, FDP) (Sprecher/in)
Hegg (Lyss, FDP)
Rappa (Burgdorf, Die Mitte)
Michel (Schattenhalb, SVP)
Egger (Frutigen, GLP)
Schwarz (Aeschi b. Spiez, EDU)

Weitere Unterschriften: 0

Dringlichkeit verlangt: Ja
Dringlichkeit gewährt: Nein 05.06.2025

RRB-Nr.: vom
Direktion: Sicherheitsdirektion
Klassifizierung: Nicht klassifiziert
Antrag Regierungsrat: **Auswahl**

Klarheit schaffen: Kriminelle Ausländer konsequent ausschaffen – Rechtssicherheit im Kanton Bern stärken

Der Regierungsrat wird beauftragt,

1. zu prüfen, wie die kantonalen Vollzugsbehörden bei der Ausschaffung von kriminellen und verurteilten Ausländern durch effizientere Abläufe, Standards und Zusammenarbeit mit dem Bund unterstützt werden können;
2. sicherzustellen, dass die Berner Behörden über genügend Handlungsspielraum und Ressourcen verfügen, um bei rechtskräftigen Urteilen ausländerrechtliche Massnahmen rasch umzusetzen;
3. eine Übersicht vorzulegen, wie viele Ausschaffungen wegen verschiedener Hürden aktuell nicht oder verzögert vollzogen werden und welche Gründe dazu (Rechtsmittel, Länderkoordination usw.) vorliegen.

Begründung:

Die Bevölkerung erwartet zu Recht, dass der Rechtsstaat nicht nur individuelle Rechte schützt, sondern auch die öffentliche Sicherheit gewährleistet. Wenn Ausländer in der Schweiz schwere Straftaten begehen und rechtskräftig verurteilt werden, muss deren Ausschaffung konsequent vollzogen werden – auch im Kanton Bern.

Die rechtliche und praktische Umsetzung von Ausschaffungen ist oft komplex: Internationale Abkommen, Rückübernahmeprobleme sowie die Auslegung der Menschenrechtskonvention durch internationale Gerichte können nationale Handlungsspielräume einschränken. Dennoch ist es Aufgabe des Kantons, im Rahmen seiner Kompetenzen die nötigen Voraussetzungen für einen wirkungsvollen Vollzug zu schaffen.

Der Kanton Bern soll seinen Beitrag leisten: durch klare Abläufe, transparente Zusammenarbeit mit dem Bund und durch einen faktenbasierten Umgang mit Sicherheitsfragen – ohne politische Tabus, aber mit Respekt vor dem Recht.

Begründung der Dringlichkeit: Die Sicherheitslage und das Vertrauen der Bevölkerung in den Rechtsstaat geraten zunehmend unter Druck, wenn kriminelle Ausländer trotz rechtskräftiger Urteile nicht ausgeschafft werden können. Solche Fälle schaffen Unsicherheit, sorgen für Frustration in der Bevölkerung und untergraben das Vertrauen in die Durchsetzung des Rechts. Besonders in Zeiten wachsender Polarisierung und internationaler Debatten zur Asyl- und Sicherheitspolitik ist es entscheidend, dass der Kanton Bern rasch handelt und aufzeigt, wie er die ihm zustehenden Mittel ausschöpft. Die Menschen im Kanton Bern erwarten eine klare Haltung und konkrete Massnahmen – nicht in ferner Zukunft, sondern jetzt. Deshalb ist dieser Vorstoss dringlich.

Verteiler

– Grosser Rat